



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SCHLOSSPLATZ 1-3 65183 WIESBADEN

Hessisches Kultusministerium
Frau Ministerin Henzler
Luisenplatz 10

65185 Wiesbaden

vorab per Fax: 0611-97100837

MÜRVENT ÖZTÜRK, MDL
Sprecherin Integration, Migration
und Petitionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (611) 350 740
Fax: +49 (611) 350 605
m.oetztuerk@ltg.hessen.de

Wiesbaden, den 03. August 2009

Schulbesuch von Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus noch zum bevorstehenden Schuljahresbeginn möglich machen

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Henzler,

ich wende mich heute mit der eindringlichen Bitte an Sie, die Ihnen als Kultusministerin zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um den Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen ohne legalen Aufenthaltsstatus noch zum kommenden Schuljahr zu ermöglichen.

Wie Sie wissen, leiden in Hessen viele Kinder und Jugendliche unter dem ungeklärten Aufenthaltsstatus ihrer Eltern und partizipieren deswegen nicht an schulischer Bildung. Wir GRÜNE wollen – und sehen uns darin mit Ihnen und mit der FDP-Fraktion einig – dass auch diese Kinder ihr Recht auf Bildung verwirklichen können. Dazu sind schulrechtliche Veränderungen unabdingbar. Wie solche Veränderungen aussehen können, die zu humanitären Lösungen im Sinne der Betroffenen führen, zeigt u.a. ein Blick in unser Nachbarland Nordrhein-Westfalen.

Als ersten Schritt hin zu einer nachhaltigen Lösung des Problems begrüßen wir Ihre Initiative, die Verordnung zum Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache so zu ändern, dass auch Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus zukünftig ohne Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen in die Schule gehen können.

Auf völliges Unverständnis trifft bei uns GRÜNEN allerdings Ihre Ankündigung, dass die Prüfung des Entwurfs einer entsprechenden Verordnungsänderung durch das Innen- und das Justizministerium so viel Zeit in Anspruch nehmen wird, dass eine sachgerechte Lösung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zum kommenden Schuljahr nicht möglich sein wird. Ihre diesbezügliche Antwort auf meine mündliche Frage in der Plenarsitzung vom 7. Juli 2009 hat uns sehr enttäuscht. Sie lässt befürchten, dass es den Hardlinern in der Union ein weiteres Schuljahr lang gelingen wird, sich mit ihren ideologisch motivierten Blockadeversuchen gegenüber der FDP und deren Versuchen, Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus problemlos den Schulbesuch zu ermöglichen, durchzusetzen.

Ich bitte Sie im Interesse der betroffenen Kinder, aber auch mit Blick auf Ihre Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit innerhalb der Koalition, die nötigen Schritte zu unternehmen, um den Schulbesuch von Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus doch noch zum bevorstehenden Schuljahresbeginn möglich zu machen.

In der Hoffnung, dass Sie auch als Kultusministerin ihrer ursprünglichen Linie und Haltung treu bleiben und schnell eine Lösung für den Schulbesuch dieser Gruppe von Kindern und Jugendlichen finden, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Münver Öztürk